

Offener Brief an SPD, Linke und Grüne in Potsdam

Heute, am 6. April 2019 gehen in ganz Deutschland Zehntausende Menschen auf die Straße, um sich gegen **Verdrängung und Mietenwahnsinn** zur Wehr zu setzen.

Auch in Potsdam steigen die Mieten unaufhörlich, werden MieterInnen Opfer von Spekulationsverkäufen, Luxusmodernisierung oder Wohnungsnot.

Die Stadt gehört insbesondere beim Neubau und der Neuvermietung zu den teuersten Städten in den neuen Bundesländern. Die Quote der Sozialwohnungen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, statt dessen kommen oft bekannte Immobilieninvestoren zum Zuge und bauen Eigentumswohnungen und Anlageobjekte „im gehobenen Segment“.

In vielen Städten Deutschlands beginnen kommunale PolitikerInnen deshalb auf diese Situation zu reagieren. Inzwischen ist klar: **Wohnen und Mieten ist DIE soziale Frage der Gegenwart**. So steigt überall die Mietquote, auch in Potsdam müssen inzwischen 27 % aller MieterInnen mehr als 1/3 ihres Einkommens für die Miete aufwenden.

In Berlin und anderswo werden deshalb längst vielfältige Konzepte diskutiert und umgesetzt, um diesem „Mietenwahnsinn“ Grenzen zu setzen.

Dass die Politik, einfach mehr zu bauen, nicht unbedingt weiter hilft, zeigt gerade Potsdam. Die Stadt hat im Vergleich zu anderen Städten einen überproportionalen Wohnungsneubau. „Das entscheidende Problem aber ist: „Was da gebaut wird, geht am Bedarf der meisten Wohnungssuchenden vorbei.“, analysiert der Tagesspiegel am 31.01.2018 – und: „Das aktuelle private Bauen und Modernisieren verschärft die sozialen Ungleichheiten statt den Wohnungsmarkt zu entspannen.“

„Das entscheidende Problem aber ist: „Was da gebaut wird, geht am Bedarf der meisten Wohnungssuchenden vorbei.“, analysiert der Tagesspiegel am 31.01.2018 – und: „Das aktuelle private Bauen und Modernisieren verschärft die sozialen Ungleichheiten statt den Wohnungsmarkt zu entspannen.“

„Das entscheidende Problem aber ist: „Was da gebaut wird, geht am Bedarf der meisten Wohnungssuchenden vorbei.“, analysiert der Tagesspiegel am 31.01.2018 – und: „Das aktuelle private Bauen und Modernisieren verschärft die sozialen Ungleichheiten statt den Wohnungsmarkt zu entspannen.“

Deshalb werden gerade in den Parteien SPD, Linke und Grüne neue Ansätze diskutiert und auf den Weg gebracht: Kein Verkauf kommunaler Immobilien mehr, umfassende Ausweisungen von Milieuschutzgebieten und Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts, Mietendeckel und auch die Enteignungen von großen Immobilienunternehmen.

Nur in Potsdam scheint dies alles bisher kein Thema zu sein.

Deshalb fordern wir heute die Mitglieder, Gremien und politisch Verantwortlichen dieser Parteien in Potsdam auf, endlich auch die Konzepte und politischen Projekte anzugehen, welche ihre eigenen Parteien in Berlin und anderswo längst praktizieren!

Konkret fordern wir:

1. Stoppen Sie sofort den **Verkauf weiteren städtischen Eigentums**, wie es längst Beschlusslage in Berlin und anderen Großstädten ist. Potsdam braucht alle seine übrig gebliebenen Flächen, um seine kommunalen Aufgaben erfüllen und um sozialen Wohnungsbau zu befördern.
2. Weisen Sie umfassende **Milieuschutzgebiete** bzw. soziale Erhaltungsgebiete in Potsdam aus, um spekulative Verkäufe und Modernisierungsmaßnahmen allein aus Gründen der Mietsteigerung zu verhindern. In Berlin schlägt die SPD vor, den gesamten Innenstadtring zum Milieuschutzgebiet zu erklären. In Potsdam wäre dies vor allem für Potsdam West, Babelsberg, die Teltower Vorstadt und die Altstadt dringend geboten.
3. Erarbeiten Sie sofort ein eigenes Konzept zur Nutzung des **kommunalen Vorkaufsrechts**. In Potsdam ist dies selbst in den wenigen sozialen Erhaltungsgebieten noch nie genutzt

worden. In aktuellen Fällen besteht deshalb in der Verwaltung akute Rechtsunsicherheit. Nur ein von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenes, rechtssicheres Konzept kann hier helfen.

4. Prüfen Sie gemeinsam mit dem Land Brandenburg die Möglichkeit eines „**Mietendeckels**“! Auch dies wird in verschiedenen Bundesländern – so in Berlin von Ihren Parteien gefordert und geprüft. Sofort können Sie in Potsdam einen Mietendeckel für die Wohnungen der kommunalen Gesellschaft ProPotsdam beschließen. Begrenzen Sie deren Ausnutzung der Modernisierungsumlage wie in der Siedlung am Brauhausberg durch einen neuen Vertrag!
5. Beenden Sie Ihre Unterstützungspolitik gegenüber großen, renditeorientierten Immobilienunternehmen. Keine neuen Grundstücke und Häuser mehr an die Deutsche Wohnen, Venovia und co.! Unterstützen Sie Ihre ParteikollegInnen in Berlin und anderswo in dem Vorhaben, die **Deutsche Wohnen und co. zu enteignen**.
6. Sichern und unterstützen Sie nichtkommerzielle Kultur -, Kreativ – und Wohnprojekte und schützen Sie diese vor Verdrängung und Mietsteigerungen. Fördern und erhalten Sie das **Freiland, das Rechenzentrum** und andere wichtige Projekte der Stadt!

Das Netzwerk „Stadt für alle“ Potsdam bietet Ihnen alle öffentliche Unterstützung für die Umsetzung dieser Maßnahmen an.

Stadtpolitische Initiativen sind wichtige Bündnispartner von Kommunen im Kampf gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn – überall dort, wo diese das wollen.

Bis dahin setzen wir uns auf der Straße, in öffentlichen Foren und über unsere vielen Initiativen für eine andere Stadt – eine „Stadt für alle“ ein!

Netzwerk „Stadt für alle“ Potsdam
www.potsdam-stadtfueralle.de

Potsdam, den 6. April 2019